

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Kommunalwahlen angekündigt

Die Regierung plant die Durchführung landesweiter Kommunalwahlen, die vermutlich bereits im kommenden Juli stattfinden. Dies geht aus Äußerungen von Kabinettsmitgliedern gegenüber der Presse hervor. Bemerkenswert ist dieses Vorhaben aufgrund der Tatsache, daß die kommunalen Entscheidungsgremien, die mit dem anstehenden Urnengang personell neu besetzt werden sollen, seit ihrer Suspendierung durch eine Übergangsregierung im Jahr 1993 faktisch nur auf dem Papier existieren. Somit bedeuten die anstehenden Wahlen gleichzeitig eine Wiederbelebung demokratisch legitimer 'Local Bodies', die traditionell im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung von Städten, Gemeinden und Distrikten eine zentrale Rolle spielen. In den letzten fünf Jahren hatten Bundes- und Provinzparlamentarier in ihren Wahlkreisen diese Verwaltungsaufgaben übernommen. Die Folge: Viele Abgeordnete hielten sich überwiegend in den Wahlkreisen auf und vernachlässigten die parlamentarische Arbeit. Begünstigt wurde diese Prioritätensetzung von der Existenz mit erheblichen Geldmitteln ausgestatteter regionaler Entwicklungsfonds, die die Politiker nach eigenem Ermessen ausgeben durften. Premierminister Nawaz Sharif ließ die in der Vergangenheit von den verwaltenden Politikern vielfach als Quelle persönlicher Bereicherung mißbrauchten Entwicklungsprogramme inzwischen im Rahmen seiner Initiativen zum Abbau der Staatsverschuldung streichen. Die frei werdenden Mittel sollen nach den Wahlen im Sommer wieder die Haushalte der 'Local Bodies' finanzieren. Die hierzu notwendigen Vorbereitungen für das Projekt laufen bereits auf Hochtouren, wie Syed Abida Hussain, der neue Minister für 'Environment and Local Government' gegenüber Journalisten bestätigte.

Neue Terroranschläge heizen schiitisch-sunnitische Spannungen weiter an

Die Attentatsserie verfeindeter schiitischer und sunnitischer Terrorgruppen reißt nicht ab. Im vergangenen Monat meldeten pakistanische Medien allein in der Provinz Punjab vier weitere Mordanschläge mit religiösem Hintergrund, wobei insgesamt sieben Menschen starben

und zahlreiche weitere zum Teil schwer verletzt wurden. Auf die gezielte Erschießung schiitischer Geistlicher durch Terrorkommandos der radikal-sunnitischen 'Sipah-e-Sahaba Pakistan' (SSP) am 26. Februar bei Multan und am 14. März in Okara reagierte die konkurrierende militant-schiitische 'Tehrik-i-Jafria Pakistan' (TJP) mit Anschlägen auf sunnitische Moscheen: Am 27. Februar eröffneten sechs mit Kalashnikovs bewaffnete Männer in Lahore auf Gläubige vor einer sunnitischen Gebetsstätte das Feuer, wobei zwei Todesopfer zu beklagen waren. Am 18. März kamen bei einem ähnlichen Überfall auf eine Moschee in Faisalabad drei Menschen ums Leben, darunter ein sechsjähriger Junge.

Auch die spektakuläre Erstürmung des iranischen Kulturzentrums vom 20. Februar in Multan durch mehrere Schwerebewaffnete, die dabei den Leiter, ein iranischer Diplomat, und sechs Angestellte töteten, gehört nach Erkenntnissen der ermittelnden Behörden in diese Reihe. Die neugewählte punjabische Provinzregierung nahm die jüngste Eskalation im mörderischen Untergrundkrieg gewaltbereiter Sekten zum Anlaß für eine massive Verhaftungswelle gegen Führer und Aktivisten der beteiligten Organisationen, wobei mehrere hundert Verdächtige festgenommen wurden. Das energische Durchgreifen der Behörden zeigte bereits Wirkung: Sprecher beider Parteien signalisierten unter dem Eindruck der Aktion kleinlaut Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft zur Beilegung des Konflikts. Der weitergehende Vorschlag der TJP erklärt sich sogar mit einem Verbot aller militanten Gruppierungen und deren Entwaffnung durch den Staat einverstanden.

Unabhängig von der eher vagen Aussicht auf eine mögliche Entspannung der Lage durch die Aufnahme direkter Gespräche der verfeindeten Lager hat unterdessen auch die Bundesregierung in Islamabad auf administrativer Ebene erste vorbereitende Initiativen zur wirksameren Eindämmung des religiös motivierten Terrorismus im Lande gestartet. So wurde das 'Crime Investigative Department' (CID), bislang ein reiner Aufklärungs- und Informationsdienst zur Überwachung der religiösen Terrorszene ohne weitergehende eigene Kompetenzen, mit sämtlichen polizeilichen Vollmachten ausgestattet, während ein neugegründetes Aktionsforum 'People

Against Terrorism' unter Federführung des Inlandgeheimdienstes in Zukunft als leicht zugängliche Anlaufstelle für Hinweise aus der Bevölkerung fungieren soll. Gleichzeitig hat dieses Gremium ab sofort die Aufgabe, die gelegentlichen spontanen und regional begrenzten Protestkundgebungen gegen die Gewalttaten der religiösen Extremisten zwecks Mobilisierung einer breiteren Öffentlichkeit zu koordinieren. Außerdem plant die Sharif-Regierung die Einberufung spezieller Anti-Terror-Gerichtshöfe, die Prozesse gegen gefaßte militante Islamisten im Schnellverfahren abwickeln sollen.

Politiker ermordet

Bei einem Mordanschlag mehrerer maskierter Motorradfahrer auf einen Politikerkonvoi in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore ist am 29. März der Landtagsabgeordnete der Pakistan Muslim League (PML) Shaukat Butt getötet worden. Drei weitere Parlamentarier in Begleitung des Opfers, ein Fahrer sowie ein unbeteiligter Passant entkamen dem Kugelhagel der mit Schnellfeuerwaffen bewaffneten Täter, die nach Augenzeugenberichten während eines Überholmanövers das Feuer eröffneten, nur mit schweren Verletzungen. Mögliche Hintergründe für das Attentat waren den ermittelnden Behörden zunächst nicht bekannt.

Wasserkrise im Punjab

Nach einem ungewöhnlich trockenen Winter und dem Ausbleiben der für die Bewässerungslandwirtschaft des Tieflandes lebensnotwendigen Schneefälle in den Bergen des Himalaya steht die Landwirtschaft im 'Fünfstromland' Punjab (punj = fünf; ab = Wasser/Fluß) entlang der großen Ströme Indus, Jhelum, Chenab, Ravi und Sutlej vor einer Katastrophe. Schon jetzt, zu Beginn der eigentlichen Trockenzeit, melden die großen Stauseen Tarbela (Indus) und Mangla (Jhelum) alarmierende Pegeltiefststände nur knapp oberhalb der kritischen Marke. Sinkt der Wasserspiegel unter dieses Niveau, droht aus technischen Gründen das völlige Versiegen der wichtigsten Versorgungskanäle des weitverzweigten punjabischen Bewässerungssystems. Daß es zu diesem Ernstfall kommt, ist nach Berechnungen pakistanischer Experten nur eine Frage

von Wochen, zumal angesichts der dünnen Schneedecke im Gebirge kaum mit rettendem Schmelzwasser zu rechnen ist. Zu den besonders gefährdeten Regionen mit landwirtschaftlichen Nutzflächen im Umfang von rund acht Millionen Hektar zählt auch das Umland der Großstädte Lahore, Faisalabad und Multan. Die von den zuständigen Behörden vorgehend angeordnete drastische Drosselung der für Bewässerungszwecke vorgesehenen Kontingente trifft die Bauern im Punjab zu einem kritischen Zeitpunkt: Die Dürre bedroht nicht nur die kurz vor der Reife stehende Weizenerte, sondern auch die jungen Baumwollsaaten. Selbst die Industrie bleibt von den Folgen der Wasserkrise nicht verschont, da die in erheblichen Maße von Wasserkraft abhängige Stromerzeugung Pakistans den Bedarf nicht mehr decken kann.

Der akute Wassermangel hat hinter den Kulissen zu heftigem Streit zwischen den Provinzregierungen Punjabs und Sindhs geführt. Punjab fordert mit Hinweis auf die eigene Notlage über die im Indus-Wasservertrag von 1991 festgeschriebenen Kontingente hinaus Zusatzwasser, worunter vor allem die am Indus-Unterlauf gelegene Südprowinz Sindh, wo es ebenfalls ausgedehnte Bewässerungsflächen gibt, zu leiden hätte. Aus verständlichen Gründen ist die sindhische Landesregierung hierzu nicht bereit. Im Konflikt der Provinzen ist vor allem die für die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Wasserressourcen gemäß den Bestimmungen des Wasservertrages verantwortliche und 1993 zu diesem Zweck geschaffene Behörde namens 'Indus River System Authority' (IRSA) ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Sprecher beider Streitparteien beschleunigten der IRSA leichtfertige Verschwendung im Umgang mit den Wasserreserven des vergangenen regenreichen Jahres und völliges Versagen beim jetzt geforderten Krisenmanagement. Bislang galt die Existenz der jeweils mit einem Repräsentanten der vier Provinzen und der Bundesregierung bestückten IRSA als übergeordnete, unabhängige Wasserverteilungsbehörde als bedeutender Meilenstein auf dem Weg zur Beilegung der traditionellen Streitigkeiten.

HRCP: Jahresbericht 1996 zur Lage der Menschenrechte vorgestellt

Aus Anlaß der Präsentation des aktuellen Menschenrechtsberichts der 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP) am 31. März in Islamabad hat die Vorsitzende Asma Jahangir gegenüber der Presse scharfe Kritik an der gegenwärtigen Situation geübt. Seit der Veröffentlichung des ersten HRCP-Berichts

im Jahr 1990 habe sich die Lage benachteiligter und diskriminierter Gruppen wie religiöser Minderheiten, Frauen, Kinder und armer Bevölkerungsschichten kaum verändert, faßte die prominente Rechtsanwältin das Ergebnis der Studie zusammen. Marginalen Verbesserungen auf einigen Gebieten würden negative Entwicklungen in anderen Bereichen gegenüberstehen. Einziger echter Lichtblick sind nach Angaben der Menschenrechtsorganisation die in der Frage der Pressefreiheit erreichten Fortschritte, da die Regierung im abgelaufenen Jahr auf eine Kontrolle der Medien weitgehend verzichtet habe. Dafür sei es in mehreren Fällen zu massiven Einschüchterungs- und Erpressungsversuchen von Journalisten durch Einzelpersonen und nichtstaatliche Interessengruppen gekommen, hieß es. Als notwendige Voraussetzung für eine durchgreifende positive Wende der Menschenrechtssituation in Pakistan mahnte Asma Jahangir die Stärkung der demokratischen Institutionen des Landes an.

Prominenter Bürgerrechtler gestorben

Dorab Patel, der angesehene Ehrenvorsitzende der 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP), ist am 28. März im Alter von 73 Jahren in Islamabad gestorben. Der gelehrte Jurist und frühere Verfassungsrichter galt als Pionier der pakistanischen Menschen- und Bürgerrechtsbewegung, die er bis zuletzt als eine ihrer profiliertesten Persönlichkeiten entscheidend mitprägte. Als einer der letzten öffentlich bekennenden Liberalen und Befürworter eines rein säkularen Staates lag ihm vor allem der Kampf gegen die Islamisierung der pakistanischen Gesetzgebung sowie der Einsatz für die Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten am Herzen. Außerdem prangerte der als glühender Befürworter einer unabhängigen Gerichtsbarkeit bekannte Patel in den vergangenen Jahren wiederholt die immer dreisteren Einmischungs- und Instrumentalisierungsversuche der Politik gegenüber der Judikative an. Als Mitglied und Mitinitiator des 'Pakistan India Peoples Forum for Peace and Democracy' engagierte er sich zudem für einen friedlichen Dialog mit Indien.

Für erstes internationales Aufsehen sorgte Dorab Patel 1977, als der damalige Verfassungsrichter im Supreme-Court-Prozeß gegen den von Militärdiktator Zia-ul Haq gestürzten Zulfiqar Ali Bhutto mit einer mutigen Gegenstimme das drohende Todesurteil mit großem politischen Schaden für das Regime blockierte, so daß der Vorsitzende mit seiner ausschlaggebenden Stimme zur Intervention gezwungen war. Als Gene-

ral Zia 1981 die geltende Verfassung mit dem Erlaß einer sogenannten 'Provisional Constitutional Order' (PCO) außer Kraft setzte, trat Dorab Patel unter vielbeachtetem Protest zurück. Damit kam er den nachfolgenden Säuberungswellen des Regimes, denen zahlreiche Richter zum Opfer fielen, zuvor. 1987 zählte Patel dann zu den Mitbegründern von HRCP, die er bis 1993 als Vorsitzender leitete.



South Asia's first magazine is here!

HIMAL South Asia—the new, independent, world-class magazine for South Asians—began publication in March 1996.

Here is a smartly produced bi-monthly that spots trends and offers analyses from a non-nationalistic, regionwide perspective. It tells Pakistanis about India, Indians about Bangladesh, Bangladeshis about Sri Lanka, and the rest of the world about a region long neglected by the international media.

HIMAL South Asia raises matters before they make headlines. Each bi-monthly issue offers despatches and commentaries from correspondents all over South Asia and overseas. Tapping South Asia's best minds, the magazine serves as an intellectual bridge between divided peoples.

As the voice of a region which has remained dormant for much too long, HIMAL South Asia is a magazine whose time has arrived.

SUBSCRIPTION INFORMATION FOR GERMANY

Subscription rate : 1 year 2 years
Individual : USD 25 USD 45

Send cheque or demand draft to 'Geobuch' Rosental 6, D - 80331 München (Munich), Germany or directly 'Himal Inc Pvt. Ltd.' HIMAL South Asia, P.O. Box 7251, Kathmandu, Nepal.
Tel: +977-1-523845, 522113, 521013 (fax)
email: himal@himpc.mos.com.np;
http://www.south-asia.com/himal

Subscribers who wish to pay through AMEX, VISA or MASTER CARD can fax their Card No., expiry date & signature to our Kathmandu office with appropriate amount mentioned.